

## Gemeinsamer Antrag Nr. 07

der Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter:innen,  
der Alternativen, Grünen und Unabhängigen GewerkschafterInnen,

an die 180. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien  
am 14. November 2023

### Medikamentenversorgung sicherstellen

**Lieferengpässe** bei versorgungsrelevanten Medikamenten sind ein globales Problem und treten in den letzten Jahren vermehrt auf. Im internationalen Vergleich verfügt Österreich grundsätzlich über eine gute Versorgung mit Medikamenten, dennoch zeigt sich das Problem auch bei uns verstärkt. Zahlreiche Arzneimittel – häufig auch Antibiotika – sind nicht oder nur eingeschränkt verfügbar. Auch Ersatzprodukte stehen nicht immer im ausreichenden Ausmaß zur Verfügung. Patient:innen, behandelnde Ärzt:innen und Apotheker:innen sind mit diesem Problem konfrontiert.

Die **Gründe** für Lieferengpässe sind vielfältig. Relevant ist dabei vor allem die **Auslagerung der Produktion** von Arzneimittelwirkstoffen in Billiglohnländer wie China und Indien, was schon aufgrund der längeren Transportwege zu volatileren Lieferketten führt. Zusätzlich gibt es teilweise Qualitätsprobleme, die zu Lieferverzögerungen oder sogar Produktionsstopps führen können. Dies war vor allem auch während der Corona-Krise spürbar.

Ein weiterer Faktor sind seit mehreren Jahren **Zusammenschlüsse und Übernahmen von Pharmaunternehmen**, die zur Monopolisierung bestimmter Wirkstoffproduktionen führen, weshalb einzelne Ausfälle massive Auswirkungen auf den gesamten Weltmarkt haben können. Probleme bereitet auch der **Parallelhandel** mit Arzneimitteln. Dabei werden Waren aus Ländern mit niedrigen Arzneimittelpreisen in großen Mengen in Länder mit höheren Preisen exportiert, wodurch es im äußersten Fall zu Lieferengpässen in jenen Ländern mit niedrigen Preisen kommt.

Österreich hat in den letzten Jahren bereits Vorkehrungen getroffen und insbesondere mit der Verordnung über die Sicherstellung der Arzneimittelversorgung eine Meldeverpflichtung für Vertriebsbeschränkungen (von zumindest zwei Wochen) verschreibungspflichtiger Medikamente festgelegt. Derzeit sind laut Liste des Bundesamts für Sicherheit und Gesundheit insgesamt 567 Medikamente nicht oder nur eingeschränkt verfügbar, 311 Arzneimittel sind derzeit gar nicht verfügbar (Stand: 19.10.2023). Aufgrund der Bestimmungen im ASVG, dass Medikamente bei langer Nicht-Lieferfähigkeit aus dem Erstattungskodex gestrichen werden können, neigen Unternehmen dazu, unrealistische, dh zu optimistische Einschätzungen betreffend die Dauer der Lieferschwierigkeiten zu treffen. Dies bedeutet wiederum für Ärzt:innen und Apotheken, dass kein Verlass auf Lieferfähigkeitsprognosen möglich ist und erschwert die Vorausplanung.

Eine sinnvolle Lösung der Problematik muss international bzw zumindest gesamteuropäisch gefunden werden. Die EU plant mit ihrer Pharmastrategie einen zukunftssicheren Rechtsrahmen sowohl für Patient:innen als auch für die Unternehmen zu schaffen. Dabei stehen die Deckung des medizinischen Bedarfs, die Förderung von Innovationen und Nachhaltigkeit sowie Krisenvorsorge im Zentrum. Auch Österreich beteiligt sich an diesem Prozess und hat als vergleichsweise kleiner Markt ein besonderes Interesse an einer gesamteuropäischen Lösung.

**Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien fordert daher die Bundesregierung auf, folgende Forderungen umzusetzen:**

- Verbesserung der **Datenqualität** hinsichtlich der Lieferfähigkeit von Arzneimitteln
- Ausweitung **Bevorratungs**verpflichtungen für definierte versorgungsrelevante Arzneimittel
- Erstellung einer Liste **kritischer Arzneimittel**
- Diversifizierung von Herstellern und Lieferketten für definierte Indikationen
- Erhaltung, noch besser Ausbau, vorhandener Produktionsstätten für Arzneimittelwirkstoffe in Österreich
- Beteiligung und Vorantreibung gesamteuropäischer Strategien zur Attraktivierung des Standortes für die Produktion

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrheitlich